

Sonja Buckel / Fabian Georgi / John Kannankulam / Jens Wissel

„... wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.“¹ Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise

„Wie der englische Stürmer von Barcelona, Lineker, schon mehr oder weniger gesagt hat:
Der Euro ist ein Spiel 17 gegen 17
und am Ende gewinnt immer Deutschland.“
El País v. 27.10.2011, Übers. d. Verf.

Die Geschichte der Europäischen Integration ist auch eine Geschichte der Krisen. Die Krise des Fordismus etwa mündete nach langwierigen Suchprozessen in eine neue europäische Integrationsweise. Rückblickend können viele Krisen der EU als *Durchsetzungskrisen* erkannt werden (siehe Bieling 2009: 45). Auch in der aktuellen Situation deutet vieles darauf hin, dass die Europäische Union nur überleben kann, wenn es zu einem neuen Integrations-schub kommt. Ob das gelingt, ist ungewiss. Wir erleben zur Zeit, wie die „wettbewerbsstaatliche Integrationsweise“ (Ziltener 1999: 135) an ihren eigenen Widersprüchen zu scheitern droht, ohne dass aus ihr selbst heraus Alternativen produziert würden. Gleichzeitig radikalisieren sich die neoliberalen Krisenlösungsstrategien: Griechenland, Spanien, Italien und Portugal werden durch eine verstärkte Austeritätspolitik in die Rezession getrieben und politisch unter Kuratel gestellt. Sie werden einer technokratischen Herrschaft unterworfen, die in der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF nur ihre offensichtlichsten Vertreter hat. Diese Politik ist gesamtgesellschaftlich betrachtet nicht nur deshalb ökonomisch irrational, weil sie die sozialen und ökonomischen Ungleichgewichte in der EU und die Schuldenproblematik verschärft. Sie wird auch die gesellschaftlichen Konflikte zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten verstärken und die Brüche in

1 Gramscis (1991 ff., Bd. 2, H. 3, § 34, 354) Definition der Krise.

der Union vergrößern. Längst wird in Griechenland und Spanien die Sparpolitik als Diktat von Deutschland und Frankreich empfunden, während insbesondere in der BRD die Stimmen lauter werden, wonach 'wir' nicht für die Fehler der anderen EU-Staaten aufkommen könnten. Nicht selten werden diese Äußerungen mit populistischen Anmerkungen zur mangelnden Arbeitsmoral in den betroffenen Staaten verbunden.

Eine europäische gesellschaftliche Debatte über Ursachen und Auswege aus der Krise findet kaum statt, denn die EU zeichnet sich gerade durch das weitgehende Fehlen einer gefestigten europäischen Zivilgesellschaft aus. Nachdem der Elitenkonsens, der die europäische Integration in den letzten Jahrzehnten vorangetrieben hat, zu zerbrechen droht, treten die Hegemoniekämpfe um Europa immer deutlicher zu Tage. Wird es zu einer Renationalisierung Europas kommen, oder wird die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise in einer radikalisierten Weise fortgeführt? Wird also die Krise zur weiteren neoliberalen Disziplinierung ganzer Gesellschaften beziehungsweise Staaten genutzt, unabhängig von der sich polarisierenden Konstellation? Oder wird es zu einer alternativen Integrationsweise kommen? Können die sozialen Bewegungen in Europas Süden zu einer europäischen Bewegung werden, die die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschieben? Kommt es also zu einem 'europäischen Frühling', der auch institutionell das Ende des Neoliberalismus einleitet?

Die von uns im Folgenden dargestellte Analyse dieser Konstellation basiert auf der Annahme, dass der Europäisierungsprozess sich weder aus seiner institutionellen Eigenlogik noch der europäischen Multiskalarität hinreichend erklären lässt. Vielmehr sind unserem Verständnis nach die gesellschaftlichen Konflikte und Antagonismen, die diese Institutionalisierungsprozesse prägen, in den Blick zu nehmen. Jene stellen das Ferment dar, aus dem heraus sich – in Krisenprozessen mit einer besonderen Dynamik – die spezifische apparative Struktur des postfordistischen Staatsapparate-Ensembles in Europa als „materielle Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen“ (Poulantzas 2002: 154 ff.) herausbildet. Wir schlagen vor, diese Konstellation mit einem Konzept zu analysieren, das wir dem neogramscianischen Ansatz der Internationalen Politischen Ökonomie entlehnt und weiter entwickelt haben. Dabei gehen wir davon aus, dass sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Hegemonie strukturieren lassen, indem unterschiedliche *Hegemo-*

nieprojekte identifiziert werden. Wie wir im nächsten Abschnitt ausführen werden, verstehen wir darunter strategische, sozialstrukturell gerahmte Akteurskonstellationen, die um gesellschaftliche Deutungshoheit ringen. Im Anschluss daran werden wir die Hegemonieprojekte darstellen, die nach unserer Analyse versuchen, in der aktuellen Krisensituation die politische und ökonomische Entwicklung der EU zu bestimmen und dabei ein Staatsprojekt hervorbringen, in dem sich all jene Strategien bündeln, die sich auf die institutionelle Entwicklung Europas beziehen.

Die Zukunft dieses europäischen Staatsprojektes entscheidet sich daran, welche Strategien sich in Europa durchsetzen, welchen Bezug diese zur EU und welche Effekte die entsprechenden Krisenlösungsversuche haben. Das Ergebnis dieser Kämpfe ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersehbar. Worüber sich jedoch Aussagen treffen lassen, sind die konkurrierenden strategischen Projekte. Mit Gramsci geht es uns darum, die handelnden Kräfte einer bestimmten historischen Epoche zu analysieren und ihr Verhältnis untereinander zu bestimmen (Gramsci 1991 ff.: Bd. 3, H. 4, § 38). Dabei lässt sich zeigen, dass die Krise des Neoliberalismus maßgeblich in dem Auseinanderfallen der neoliberalen Akteurskonstellation zum Ausdruck kommt, deren bisherige Strategien angesichts der Krise des postfordistischen Akkumulationsregimes dysfunktional werden. Aufgrund der allerdings nach wie vor ungebrochenen gesellschaftlichen Macht der neoliberalen Kräfte sowie der in den letzten Jahrzehnten produzierten 'Sachzwänge' scheint es gegenwärtig am wahrscheinlichsten, dass sich ein 'neoliberal-autoritäres' Staatsprojekt durchsetzen wird. Der Krise zum Trotz ist der Wille dieser Akteure ungebrochen, den Pfad der jahrzehntelang betriebenen Politiken weiterzuverfolgen. Doch der historische Ausgang dieses Konflikts ist nicht entschieden. Wenn es emanzipatorischen Gegenkräften gelingt, die bislang fragmentierten Bewegungen gegen eine neoliberal-autoritäre Krisenlösung zusammenzuführen, könnte daraus ein schlagkräftiges gegenhegemoniales Projekt mit gesellschaftstransformierendem Potential entstehen. Wir werden für diese Analyse zunächst die aus unserem empirischen Forschungsprozess² heraus entwickelten Begriffe des „europäischen Staatsprojekts“ (2.1.) sowie der „Hegemonieprojekte“ (2.2.) darstellen, um auf dieser

2 Aus dem DFG-geförderten Forschungsprojekt „Die Transnationalisierung des Staates im Prozess der Herausbildung einer gemeinsa-

Grundlage die aktuellen Auseinandersetzungen (3.) und die daraus folgenden politisch-strategischen Überlegungen (4.) zu präsentieren.

2. Theoretische Prämissen

2.1. Staatsprojekt Europa

Die EU kann als neues Staatsprojekt, genauer als ein „state spatial project“ (Brenner 2004: 84; siehe auch Wissen 2008; Jessop 2008: 198 ff., Wolff 2010), verstanden werden, in dessen Rahmen sich neue Hierarchien zwischen den unterschiedlichen Staatsapparaten und Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene und eine neue skalare Struktur herausbilden. Wir verstehen den Staat und seine Apparate nicht als in sich geschlossene einheitlich handelnde Akteure, sondern als soziale Felder. Das heißt, im Staat verdichten und materialisieren sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse.³ Die einzelnen Staatsapparate werden zu Stützpunkten unterschiedlicher sozialer Kräfte, so dass ein heterogenes Ensemble von Staatsapparaten entsteht. Der Zusammenhalt eines solchen heterogenen Ensembles muss von einem hegemonialen Staatsprojekt organisiert werden. Die innere Kohärenz der europäischen Konstellation ist dabei nicht mit der eines Nationalstaates vergleichbar, weil es noch keinen hegemonialen Konsens über die Terrains der Auseinandersetzungen gibt. Dies ist in der gegenwärtigen Krise deutlich zu beobachten. Das europäische Staatsprojekt, das sich im Rahmen der „Internationalisierung des Staates“ (Hirsch 1995; siehe auch Brand 2009) herausbildete, konkurriert mit den unterschiedlichen nationalen Staatsprojekten. Verhältnis und Stellung der einzelnen europäischen und nationalen Apparate zueinander sind relativ flexibel und das Ergebnis eines permanenten Aushandlungsprozesses. So sind die Europäische Union und die jeweiligen nationalen und europäischen Apparate von den gesellschaftlichen Widersprüchen durchzogen, die sich auch in den Konkurrenzen der unterschiedlichen räumlichen Bezugsebenen

men europäischen Migrationskontrollpolitik“, www.staatsprojekt-europa.eu.

3 Zum Begriff der Kräfteverhältnisse siehe Wissel 2010.

untereinander ausdrücken (vgl. Wolff in diesem Band).⁴ Auf diese Weise ist ein heterogenes Ensemble von nationalen und europäischen Staatsapparaten beziehungsweise Quasi-Staatsapparaten und Institutionen entstanden, dessen Kohärenz bisher durch das sich mit der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise seit Mitte der 1980er Jahre entwickelnde, europäische Staatsprojekt hergestellt wurde. Bereits seit den 1990er Jahren, vor allem im Kontext der großen Vertragsänderungen, geriet diese Konstellation in die Krise. In der gegenwärtigen Situation spitzt sich diese grundsätzliche Instabilität zu. Das Staatsprojekt und damit die Kohärenz und der Fortbestand des europäischen Staatsapparate-Ensembles stehen zur Disposition. Eine Renationalisierung Europas ist nicht auszuschließen.

In der EU sind die Ebenen, auf denen politische Projekte durchgesetzt werden, flexibler als im Nationalstaat. Dadurch wird in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen je nach Kalkül häufiger zwischen den unterschiedlichen Foren (*forum-shifting*) und Bezugsebenen (*scale-jumping*) gewechselt, es werden unterschiedliche skalare Strategien verfolgt. Dies hat mindestens zwei Effekte: Zum einen entstehen in dieser flexiblen Rekonfiguration von nationalen und europäischen Staatsapparaten spezifische Machttechnologien, die zu einer Erweiterung informeller Politikformen und damit zur Distanzierung der Bevölkerung von den Entscheidungszentren führen (Poulantzas 2002: 87; Kannankulam 2008; für Europa siehe Schwenken 2006: 137; Sauer 2001; Neyer 2005, 381; siehe auch Héritier 1999). Diese Konstellation verstärkte die strukturelle Selektivität im europäischen Staatsapparate-Ensemble zuungunsten der Subalternen. Dies ist auch ein Grund für die fragile Legitimität der EU. Ein zweiter Effekt besteht darin, dass politische Konjunkturen und taktisches Kalkül darüber entscheiden, auf welcher Ebene und in welchem institutionellen Kontext Entscheidungen forciert

4 Der Europäische Ministerrat, der für das intergouvernementale Element der EU steht, wacht beispielsweise darüber, dass die Kommission als supranationales Element nicht zu mächtig wird. Ein Ergebnis dieser Konstellation sind die europäischen Agenturen, die formal nicht klar in die institutionelle Struktur der EU eingeordnet sind, weil der Rat nicht will, dass mit der Kommission eine Superbehörde entsteht. Effekt ist, dass die Agenturen keine formal übergeordnete Institution haben, die sie kontrollieren könnte (vgl. Tömmel 2008: 159).

werden. Dies führt dazu, dass in Europa kein klarer Konsens über die Terrains der Auseinandersetzung erzielt werden kann (vgl. Wissel 2011). Die Krise hat zudem offengelegt, wie schwach die Autonomie der Europäischen Union gegenüber den großen Nationalstaaten ist. Die Institutionen der EU sind auf deren Kooperation unbedingt angewiesen.⁵

Der europäische Integrationsprozess setzte sich von Beginn an als Projekt unterschiedlicher europäischer Eliten durch (Ziltener 1999: 84 ff.). Mit der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise seit Mitte der 1980er Jahre wurde die EG (EU) zu einem wichtigen Stützpunkt einer europäisierten und in Ansätzen transnationalisierten Klassenfraktion (hierzu Wissel 2007: 119 ff.) im Rahmen eines globalen neoliberalen Konstitutionalismus (Gill 1998). Dies äußert sich in der Organisierung des europäischen neoliberalen Hegemonieprojekts, für das europäische und transnationale Institutionen und Organisationen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dazu zählen weitverzweigte Institutionen auf europäischer (EuGH, Europäische Kommission, unzählige europäische Agenturen) und auf globaler Ebene (WTO, IWF, UNO, NATO), aber auch ein dichtes Netz zur transnationalen Interessensorganisation in Form von Think Tanks, Verlagen, Lobbyfirmen etc. (vgl. Bieling 2003: 48 ff.; Walpen 2004; van Apeldoorn 2000; Jessop 2008: 216 f.).

Trotz Bemühungen insbesondere der Europäischen Kommission, ist jedoch keine ausgeprägte europäische Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis entstanden. Damit fehlt der EU ein entscheidendes Terrain, auf dem (asymmetrische) Kompromisse mit den Subalternen erzielt werden könnten. Subalterne Interessen kommen in der EU oft nur vermittelt über die nationalen Staatsapparate zum Tragen. Zwar können die dominanten gesellschaftlichen Kräfte, wenn sich die großen Nationalstaaten einig sind, leichter Entscheidungen herbeiführen, die im nationalen Rahmen auf Widerstand stießen, gleichzeitig kommt es aber auf der europäischen Ebene nicht zu einer auf zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen gestützten, hegemonialen Verankerung von Macht. Daher fehlen der EU die

5 Viele Beispiele belegen, dass gegen die großen Nationalstaaten keine Entscheidungen getroffen werden können. Deutlich zeigte sich dies z. B. als Frankreich und Deutschland, ohne ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen, die Defizitkriterien der Währungsunion nicht erfüllten.

Strukturen, die vor den katastrophischen Einbrüchen der Ökonomie Schutz bieten könnten (Gramsci 1991 ff., Band 7, §24: 1589). Ökonomische Krisen werden damit unmittelbar zu politischen Krisen. Zudem ist die EU nicht nur anfällig für das Lobbying mächtiger privater Akteure, sondern weitgehend abhängig von diesen. So versucht die Europäische Kommission aktiv, Lobby-Akteure zu organisieren, um ihre Projekte durchzusetzen. Dies zeigt etwa die Geschichte des *European Round Table of Industrialists* (vgl. van Apeldoorn 2000; Altvater 2007: 125 f.). Das heißt, die EU hat auch gegenüber mächtigen gesellschaftlichen Akteuren eine nur schwach ausgeprägte Autonomie.

Das methodisch-analytische Problem für eine gesellschaftstheoretisch begründete, kritische Analyse des europäischen Integrationsprozesses besteht darin, zu klären, welche Akteurs- und Kräftekonstellationen in der gegenwärtigen Krisenphase miteinander ringen. Um uns einer solchen Klärung anzunähern, entwickeln wir im nächsten Abschnitt den Begriff der 'Hegemonieprojekte' als ein zentrales Moment unseres Ansatzes einer historisch-materialistischen Politikanalyse (Begriff in Anlehnung an Brand 2011).

2.2. Analyse gesellschaftlicher Kräfte im europäischen Integrationsprozess

Im Mittelpunkt unseres Ansatzes steht der Vorschlag, die tendenziell unendlichen Strategien und Taktiken von miteinander konfligierenden Akteur_innen und Interessen heuristisch entlang breiter gesellschaftlicher Projekte zu bündeln, die wir mit dem Begriff der 'Hegemonieprojekte' bezeichnen. Mit dieser Argumentation bauen wir auf Arbeiten der neogramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie auf, die Antonio Gramscis staatstheoretische Argumentation für eine kritische Analyse gegenwärtiger Transnationalisierungsprozesse weiterentwickelt haben (Ausführlicher hierzu: Kannankulam/Georgi 2011; grundlegend: Cox 1981; Bieling/Deppe 1996; Opratko/Prausmüller 2011).

Die ersten marxistischen Analysen des europäischen Integrationsprozesses argumentierten Mitte der 1960er Jahre, die europäische Integration sei eine Reaktion auf die Internationalisierung des Kapitals nach 1945. So verstand etwa Ernest Mandel den europäischen Integrationsprozess als „ein Ergebnis der ihm vorangegangenen Konzentration des Kapitals in Westeuropa“ (1968: 27) und als

einen „Versuch des Kapitalismus, das Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte und den Grad der monopolistischen Konzentration mit dem Überleben des Nationalstaates zu versöhnen“ (Mandel 1967: 27, Übers. d. Verf.). Der Marburger Politikwissenschaftler Albert Statz kritisierte diese Position. Man könne nicht aus der „*Notwendigkeit* internationaler staatsmonopolistischer Regulierung“ auf „die Möglichkeit ihrer Realisierung“ schließen (Statz 1979: 21, Hervorh. i.O.). Der Prozess der Europäischen Integration sei kein bloßer Reflex auf die Internationalisierung des Kapitals, sondern die „*relative Lösungsform des säkularen Widerspruchs zwischen Internationalisierung und Nationalstaat*“ (ebd.: 224, Hervorh. i.O.). Politische Prozesse seien zwar strukturell durch spezifische Formen kapitalistischer Widerspruchsbearbeitung gerahmt, das konkrete Handeln widerstreitender Akteur_innen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Strategien müsse jedoch in kontingenten Prozessen zu einem „Gemeinschaftsinteresse“ zusammengefasst werden, das „nicht das *‘Interesse der Gemeinschaft’* ist, sondern das, was eine Gruppe von Mitgliedsstaaten aus ihren konkreten Bedürfnissen als ein Interesse definier[t]“ (Zieburā zit. ebd.: 246, Hervor. i.O.). Die widerstreitenden Interessen müssen mithin zusammengefasst werden zu einem „*allgemeinen Klasseninteresse*“ (ebd.: 67, Hervorh. i.O.).

Solche kontingenten Prozesse strategischen Handelns von (Klassen-)Akteur_innen hat Bastiaan van Apeldoorn in den Konflikten über die europäische Wirtschafts- und Währungsunion in den 1990er Jahren untersucht. Apeldoorn unterschied drei in diesen Konflikten miteinander ringende „Integrationsprojekte“, die mit unterschiedlichen Strategien auf die ökonomische Krise in Europa reagierten: Das *neoliberale Projekt* zielte darauf, durch Weltmarktöffnung, Deregulierung und Privatisierung die „nutzenbringenden“ Marktkräfte von den Fesseln der Regierungsintervention [...] zu befreien“ (van Apeldoorn 2000: 200). Das *neo-merkantilistische Projekt* zielte auf einen großen europäischen Binnenmarkt, die Etablierung von Schlüsselkonzernen als „Euro-Champions“ und größere „economies of scale“, um so der Triadenkonkurrenz zu begegnen (ebd.: 200 f.). Das *sozialdemokratische Projekt* schließlich wollte einen „supranationalen Rahmen der sozialen Regulation“ durchsetzen, um so das „europäische Sozialmodell“ zu verteidigen (ebd.: 201).

Sowohl die Ansätze von Mandel und Statz als auch van Apeldoorns Konzeption der Integrationsprojekte sind klassentheoretisch verengt. Bei van Apeldoorn ist dies zwar durch seinen empirischen

Fokus auf den männerbündischen *European Round Table of Industrialists* (ERT)⁶ begründet – dies bedeutet aber keineswegs, dass geschlechtsspezifische und rassistische Implikationen der Projekte nicht ebenso in den Blick genommen werden können. Zudem leitet van Apeldoorn die Projekte des Euro-Merkantilismus/Neoliberalismus im Kern aus ihrer Stellung entlang der Achse regionalisierter/globalisierter Kapitalakkumulation ab (2002: 118 ff.). Dennoch halten wir seinen Vorschlag, miteinander ringende gesellschaftliche Kräfte und Akteur_innen entlang unterschiedlicher 'Projekte' analytisch zu unterscheiden, für äußerst produktiv.

Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber (2000) entwickelten den Projektbegriff weiter. Im Gegensatz zu van Apeldoorn verstehen sie darunter nicht nur breitere Akteurs- und Kräftekonstellationen, sondern vor allem konkrete politische Vorhaben. Sie gehen davon aus, „dass es sich bei hegemonialen Projekten zumeist um besondere, konkrete politische Initiativen handelt, die sich selbst als Lösungen von drängenden sozialen, ökonomischen und politischen Problemen darstellen“ (Bieling/Steinhilber 2000: 106). Beispiele dafür seien Binnenmarkt, Europäisches Währungssystem und Währungsunion. Hegemoniale Projekte sind für Bieling/Steinhilber politische Projekte „die als Moment der institutionalisierten (Klassen-)Kompromisse den 'historischen' und 'hegemonialen Block' dynamisch stabilisieren bzw. transformieren“ (ebd.). Sie betonen, dass solche hegemonial gewordenen politischen Projekte verschiedene Dimensionen des sozialen und politischen Handelns verbinden, etwa „materielle Interessen, strategische Orientierungen, diskursive und kulturelle Bedeutungen, ideologische Überzeugungen, Gefühle etc.“ (ebd.). Erst wenn es den Träger_innen von politischen Projekten gelingt, diese verschiedenen Dimensionen zu kombinieren und einen „motivierenden sozialen Mythos“ zu erzeugen, „der im Bann einer politischen Vision große Bevölkerungsgruppen elektrisiert und begeistert“ (ebd.: 107), erst dann können begrenzte politische Projekte zu hegemonialen Projekten werden.

Wir halten Bielings und Steinhilbers Begriff der 'politischen Projekte' für wichtig, weil er es ermöglicht, die Auseinandersetzungen um konkrete politische Vorhaben als Terrain und Durchsetzungsvehikel für eine umfassendere Hegemonie beziehungsweise für Staats-

6 Unter den 44 Mitgliedern des ERT im Oktober 2011 ist lediglich eine Frau (http://www.ert.be/members_a_to_z.aspx).

projekte zu verstehen. Problematisch ist, dass Bieling/Steinhilber politische Projekte mit 'hegemonialen Projekten' gleichsetzen und deshalb politische Projekte, die (noch) nicht durchgesetzt sind, um die also noch gerungen wird, analytisch nicht fassen können. Unklar bleibt auch, welche Akteurs- und Kräftekonstellationen sich hinter welchen Projekten verbergen.

Schließlich hat Bob Jessop (1990) den Projektbegriff für eine Analyse gesellschaftlicher Kämpfe und Kräfteverhältnisse weiterentwickelt. Jessop unterscheidet zwischen erstens ökonomiebezogenen *Akkumulationsstrategien*, die darauf zielen, die in Konkurrenz miteinander liegenden (Kapital-)Interessen zumindest temporär unter der Führung einer spezifischen Fraktion in einem spezifischen Wachstumsmodell zu einen (ebd.: 197 ff.); zweitens unterscheidet er auf die *gesamtgesellschaftliche* Reproduktion bezogene *hegemoniale Projekte*, die darauf zielen, unterschiedliche, 'klassenrelevante' Kräfte unter die Führung einer bestimmten Klassenfraktion und deren politischen, intellektuellen und moralischen Sprecher_innen zu bringen (ebd.: 207 f.). Drittens schließlich grenzt er davon *Staatsprojekte* ab, die darauf zielen, die immer kontingente und nie sichergestellte Kohärenz und Stabilität innerhalb des staatsapparativen Gefüges zu reproduzieren (ebd.: 219). Insbesondere Jessops differenzierte Fassung des Zusammenhangs von Akkumulationsstrategien und hegemonialen Projekten ist ein Gewinn. Wie Bieling/Steinhilber unterscheidet Jessop jedoch nicht zwischen tatsächlich hegemonialen Projekten und solchen, die eine hegemoniale Stellung nur anstreben und mit anderen Projekten darum ringen.

2.3. Der Begriff der 'Hegemonieprojekte'

Vor dem Hintergrund der bisherigen Diskussion schlagen wir vor, gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse mit dem Begriff der 'Hegemonieprojekte' zu analysieren. Dieser hat folgende Elemente:

1. Tatsächlich hegemoniale Projekte sind von jenen gesellschaftlichen Projekten zu unterscheiden, welche zwar eine Hegemonie anstreben, diese jedoch (noch) nicht erreicht haben. Nicht jedes Projekt, das versucht, die Partikularinteressen seiner führenden Fraktionen zu verallgemeinern, wird tatsächlich hegemonial. Unserem Verständnis nach ringen im integralen Staat verschiedene Hegemonieprojekte darum, tatsächlich

zu hegemonialen Projekten zu werden. Hegemonieprojekte sind zu verstehen als zumeist unbewusste und indirekte Verknüpfungen beziehungsweise Verdichtungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien, die sich auf konkrete politische Projekte (im Sinne Bielings/Steinhilbers) oder breitere 'gesellschaftliche Problemlagen' richten. Die darin beteiligten Akteur_innen versuchen, ihre partikularen Interessen zum Allgemeininteresse zu machen und so hegemonial zu werden. Im Unterschied zu einem hegemonialen Projekt haben Hegemonieprojekte diesen Status der Verallgemeinerung noch nicht erreicht, streben ihn aber im Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an. Ohne dass es eine zentrale Koordination gäbe, gehen in die Hegemonieprojekte sowohl die Strategien und Taktiken (zivil-)gesellschaftlicher Akteur_innen im weiteren Sinne ein, als auch die Strategien politisch-institutioneller Akteur_innen innerhalb der Staatsapparate im engeren Sinne.

2. Hegemonieprojekte sind analytisch entwickelte Abstraktionen und gerade keine bewussten, zentral organisierten Bündnisse. Der Begriff der Hegemonieprojekte zielt mithin darauf, vor dem Hintergrund einer historisch-materialistischen Kontextualisierung die durch grundlegende „soziale Formen“ (Hirsch 1994) bestimmte und durch die rekursive Handlungsmacht der Akteur_innen hervorgebrachte Aggregation von sehr unterschiedlich motivierten und oft nebeneinander ablaufenden Taktiken und Strategien in einer analytischen Kategorie fassbar zu machen.
3. Eine besondere Rolle bei dieser Aggregation spielen organische Intellektuelle. Diskursiv verknüpfen sie Teilelemente eines Projekts und rationalisieren seine Ziele, Interessen und Kompromisse in 'politischen Erzählungen'. Erst wenn es einem Hegemonieprojekt durch Verknüpfungen und Kompromisse gelingt, ihm nicht zugehörige gesellschaftliche Kräfte in einen kohärenten Zusammenhang zu bringen, der bezogen sein muss auf zentrale Akkumulationsstrategien (im Sinne Jessops) und das herrschende Akkumulationsregime – als historisch spezifische Verbindung von Produktions- und Reproduktionsweisen (Kohlmorgen 2004: 39) – erst dann kann es zu einem hegemonialen Projekt werden. Um diesen Status zu erreichen, muss es einem Hegemonieprojekt gelingen, eine Reihe von konkre-

ten und begrenzten politischen Projekten derart in Stellung zu bringen, dass diese zum politisch-strategischen 'Terrain' werden, auf dem sich erst ein hegemoniales Projekt verdichten kann.

4. Wir arbeiten mit einem erweiterten Kräfteverhältnisbegriff. Kapitalistische Gesellschaften sind nicht lediglich durch Warenproduktion, Mehrwertaneignung und Klassenkämpfe gekennzeichnet, sondern immer schon grundlegend mit anderen Herrschaftsverhältnissen verwoben. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist eine zwischen Klassen, dem globalen Süden und Norden, sowie zwischen vergeschlechtlichten und rassialisierten Subjekten (Pieper/Panagiotidis/Tsianos 2011: 196). Indem wir einer intersektionalen Kapitalismusanalyse Rechnung tragen wollen, begreifen wir auch die Hegemonieprojekte als intersektionale Projekte, in denen sich multidimensionale Strategien entlang vielfältiger Herrschaftsverhältnisse verdichten.⁷
5. Entscheidend ist, dass Hegemonieprojekte und die von ihnen verfolgten konkreteren politischen Projekte nie statisch zu konzeptionalisieren sind. Sie sind immer Aggregationen von historischen Taktiken und Strategien, mit denen bestimmte gesellschaftliche Kräfte und politische Akteur_innen auf spezifische historische Situationen rekursiv (also erfahrung induziert) reagieren. Die Konstellationen von Hegemonieprojekten, die miteinander im Konflikt liegen, transformieren sich also im historischen Prozess. Sie verändern sich dadurch, dass gesellschaftliche Auseinandersetzungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranschreiten und sich materiell in Politiken und Institutionen verdichten, sowie in dem Maße, in dem gesellschaftliche Widersprüche partiell und temporär prozessiert und auf höherer Ebene fortgeführt werden. Zudem sind die Konstellationen konfligierender Hegemonieprojekte auch räumlich unterschiedlich, von Politikfeld zu Politikfeld und von Land zu Land.
6. Im Rahmen eines historisch-materialistischen Forschungsprogramms, das darauf zielt, die Einsichten neuerer Debatten materialistischer Staatstheorie für empirische Analysen nutzbar

7 Auch wenn die Überkomplexität einer solchen Analyse dazu führt, dass diese Forschungsabsicht nicht immer durchgehalten werden kann.

zu machen, erscheint es uns zunächst produktiv, den Begriff der Hegemonieprojekte dafür zu nutzen, gesellschaftliche Konfliktkonstellationen in Bezug auf konkrete Konflikte zu analysieren. Solche konkreten Untersuchungen wären zu bezeichnen als historisch-materialistische Politikanalysen (vgl. Brand 2011). Es ist zu erwarten, dass sich als Ergebnis einer gewissen Anzahl solcher Analysen über die Konstellationen, Charakteristika und Dynamiken von Hegemonieprojekten in der gegenwärtigen historischen Phase verallgemeinerte Schlussfolgerungen ziehen ließen.

Die von uns vorgeschlagene Operationalisierung einer historisch-materialistischen Politikanalyse umfasst vier Schritte (vgl. Kanankulam/Georgi 2012: 40ff.). Erstens eine *Kontextanalyse*, die sowohl zentrale geschichtliche und materielle Bedingungen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hinter der untersuchten Politik herausarbeitet als auch den formbestimmten und spezifisch historischen Gehalt von Akteursstrategien kenntlich macht; zweitens eine *Akteursanalyse*, deren Ziel es ist, die spezifischen Konstellationen von gesellschaftlichen Kräften und Akteur_innen, sprich Hegemonieprojekte, zu identifizieren, die im untersuchten Konflikt aufeinandertreffen. Im dritten Schritt, der *Prozessanalyse*, wird der untersuchte Konflikt, grob chronologisch, in seiner mehrere Phasen durchlaufenden historischen Dynamik rekonstruiert. In einem vierten Schritt schließlich muss die *materielle Verdichtung* der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den politischen und rechtlichen Institutionen und Apparaten (Buckel 2011) und die damit einsetzende Transformation der gesellschaftlichen Konflikte in den formbestimmten Rahmen der gesellschaftlichen Institutionalisierungsprozesse mit ihren jeweiligen strukturellen Selektivitäten untersucht werden (vgl. Hirsch 1994: 172 ff.). Dabei muss das rekursiv-strategische Handeln der Akteur_innen ebenso einbezogen werden wie die Wirkung von Struktur- und Formzwängen sowie kontingenter historischer 'Ereignisse'.

Eine solche historisch-materialistische Politikanalyse ist aufwendig. Um das Potenzial vor allem des zweiten Schrittes und des zentralen Begriffs der Hegemonieprojekte für ein Verständnis der gegenwärtigen Krise der EU anzudeuten, fasst der folgende Abschnitt die Ergebnisse einer vorläufigen Akteursanalyse zum Konflikt über die Euro-Rettung zusammen.

3. Hegemonieprojekte in der Krise

3.1. Methodisches Vorgehen

Im Folgenden werden zunächst grundsätzlich die fünf Hegemonieprojekte vorgestellt, die wir im Rahmen unserer Forschung über den europäischen Integrationsprozess identifiziert haben. Im Anschluss daran präsentieren wir die Ergebnisse unserer Kurzrecherche zu den aktuellen Veränderungen in den Strategien angesichts der Krise. Während die grundlegende Konzeption der europäischen Hegemonieprojekte (3.2.) auf einer Sekundäranalyse neogramscianischer Untersuchungen Europas sowie auf einer eigenen exemplarischen Sozialstrukturanalyse der BRD, Großbritanniens und Spaniens beruht, haben wir für die daran anschließende Skizzierung der aktuellen strategischen Neuorientierungen (3.3.) eine Inhaltsanalyse europäischer Zeitungen zwischen dem 01.05. und 30.10.2011 gewählt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, die tageszeitung, Financial Times, El País).⁸ Die Interpretationen der Ergebnisse durch die verschiedenen Autor_innen aufgrund gemeinsamer Kategorien wurden miteinander verglichen und gegenseitig kontrolliert.

3.2. Hegemonieprojekte im Konflikt um die Europäische Integration

3.2.1. Neoliberales Hegemonieprojekt

Es ist oft beklagt worden, dass der Begriff des Neoliberalismus ungenau sei und der Komplexität der darunter gefassten Strömungen nicht gerecht werde. Zweifellos ist es schwierig dem 'Neoliberalismus' ein einheitliches Denkgebäude zu unterstellen. Das liegt auch daran, dass es in den letzten Jahrzehnten gelang, die zentralen Parameter des Neoliberalismus zu verallgemeinern, so dass verschiedene

8 Die Auswertung von mehrheitlich deutschen Zeitungen (deren gesamtes politisches Spektrum erfasst werden soll), erklärt sich aus der Vormachtstellung der BRD in der Eurozone. Eine im Prinzip notwendige Ergänzung durch französische Medien ist unterblieben, da keine umfangreichen Sozialstrukturanalysen für Frankreich vorgenommen wurden. Hinzu kommt, dass eine umfassende Hegemonieanalyse alle Formen diskursiver Auseinandersetzungen berücksichtigen müsste. Diese Einschränkungen sind zu bedenken.

gesellschaftliche Strömungen in das Projekt integriert wurden. Wir gehen davon aus, dass es dennoch möglich ist, ein über längere Zeit relativ stabiles neoliberales Projekt zu identifizieren. Die grundlegende *Strategie*, die sich im neoliberalen Hegemonieprojekt herausbildete und bis zum Ausbruch der Krise 2008 zentral blieb, ist der wettbewerbsstaatliche Umbau nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche und aller staatlichen Aufgaben, zentral vermittelt über die Europäische Union, konzentriert im politischen Projekt des Binnenmarktes. Politische Leitlinien sind die Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsverhältnissen, die Finanzialisierung der Ökonomie sowie der Abbau staatlicher Regulierungen. Im Kern geht es um die Internationalisierung von Kapital, Handel, Produktions- und Versorgungsketten und schließlich die Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit im Kontext einer neokolonialen internationalen Arbeitsteilung, die auf der Ausnutzung von Niedriglohnsektoren in der Peripherie basiert.

Die *soziale Basis* dieses Projekts sind die Schlüsselsektoren des globalisierten, postfordistischen Akkumulationsregimes: die „exklusiven Männerclubs“ (Young/Schuberth 2010: III) der Finanzwirtschaft und der großen transnationalen Konzerne und deren Netzwerke (vgl. van Apeldoorn 2009). Hinzu kommen aber auch privilegierte und hochqualifizierte Arbeiter_innen des globalen Nordens, Selbständige sowie Teile der Staatsbürokratie und Vermögensbesitzer_innen (Gill 1998: 12 f.). Das neoliberale Hegemonieprojekt wird getragen von den Schlüsselbranchen des gegenwärtigen Akkumulationsregimes, den transnationalen Industriekonzernen und der Finanzindustrie. Diese haben gleichzeitig auch auf einer ideologisch-diskursiven Ebene eine Führungsrolle inne. Dabei spielen Think Tanks eine große Rolle. Auch die neoklassisch dominierten Wirtschaftswissenschaften sind als Teil des Projekts zu bewerten. Die *Ressourcen* des neoliberalen Hegemonieprojekts zur Durchsetzung seiner Ziele sind außerordentlich hoch. Aufgrund ihrer Stellung sind die Akteure dieses Projekts in der Lage, „eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen“ (Offe 1969: 146), das heißt, Entscheidungen über Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Investitionen von der Annahme ihrer Forderungen abhängig zu machen. Daneben verfügen sie auch über die größten materiellen Ressourcen. Der Umsatz transnationaler Konzerne entspricht dem Bruttosozialprodukt mittlerer Volkswirtschaften (Gill 1998: 7), und ihre Milliarden Gewinne werden nicht

zuletzt in extensive Lobbyisten-Netzwerke investiert, die mit Büros in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten in der Lage sind, staatliche Politiken bis ins Detail hinein zu beeinflussen.

3.2.2. *National-soziales Hegemonieprojekt*

Für das national-soziale Hegemonieprojekt steht sozialer Ausgleich und soziale Umverteilung im Mittelpunkt der politischen *Strategie*. Zentral für dieses Projekt ist eine Verteidigung des europäischen Sozialmodells, die keine gesamteuropäische Perspektive verfolgt. Vielmehr wird in der Verteidigung bestehender *nationaler* Systeme die (notgedrungene) Lösung des Problems gesehen, angesichts des bestehenden neoliberalen Globalisierungsdrucks sozialpolitische Errungenschaften zu schützen. Der Grund für diese Skepsis ist dabei nicht eine grundsätzlich anti-europäische oder nationalistische Haltung, sondern die politische Einschätzung, dass eine Strategie der Europäisierung kaum Erfolgsaussichten hat. Der nationale Wohlfahrtsstaat, nationale Arbeitsgesetzgebung, die staatliche Unterstützung einheimischer Unternehmen, unter anderem durch Subventionen, Außenwirtschaftspolitik usw. sowie entsprechende korporatistische Strukturen sind das zentrale Terrain des Projekts.

Nach unserer Analyse besteht die *sozialstrukturelle Basis* dieses Projekts in den Resten des hegemonialen Blocks der fordistischen Produktions- und Lebensweise, aus dem sich Finanzindustrie und transnationale Konzerne im Zuge der ökonomischen Globalisierungsprozesse herausgelöst haben. Die Basis bilden neben öffentlichen Angestellten auch mittelständische Unternehmen mit ihren Kernbelegschaften aus Facharbeiter_innen, die von korporatistischen Strukturen sowie einer geschlechtshierarischen Arbeitsteilung und engen Kontakten zu regionalen und nationalen Staatsapparaten profitieren.

Zwar sind die alten Kerne der fordistischen Produktionsweise, die die Basis dieses Projekts bilden, im Vergleich zum Finanzsektor und den Transnationalen Konzernen geschrumpft. Auch wirkt sich in Bezug auf die EU die Weigerung der Arbeitgeberverbände aus, europäische Tarifverhandlungen zu führen. Doch die Akteur_innen des national-sozialen Projekts sind noch immer konfliktfähig, da sie von relevanten Teilen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innenschaft und teils mittelständischen Unternehmen

selbst unterstützt werden. Das Projekt hat weiterhin Zugriff auf relevante Ressourcen innerhalb der alten fordistischen Kernsektoren und hat immer noch wichtige Einflussmöglichkeiten innerhalb von Gewerkschaften und sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien. Zudem kann es in vielen politischen Projekten entweder mit dem proeuropäisch-sozialen oder mit dem national-konservativen Hegemonieprojekt Bündnisse eingehen.

3.2.3. *National-konservatives Hegemonieprojekt*

Von den national-sozialen Kräften zu unterscheiden ist ein *national-konservatives* Hegemonieprojekt, das einem politisch stark vertieften europäischen Integrationsprozess skeptisch bis ablehnend gegenübersteht und ein 'Europa der souveränen Nationen' befürwortet. Der grundlegende Bezugspunkt dieses Projekts ist die Nation selbst, die als Selbstzweck und Eigenwert verstanden wird – nicht als Mittel zum Zweck einer Gerechtigkeit ermöglichenden Solidargemeinschaft wie beim national-sozialen Projekt. Es assoziiert Nation mit Ethnizität, gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur und bestimmten, traditionell-konservativen Werten wie Familie, einem traditionellen Geschlechterrollenbild, Heimat, Sicherheit und Christentum. In Großbritannien geht von ihm die Debatte über 'british values' aus, in Deutschland der vergleichbare Leitkultur- und Integrationsdiskurs. Am rechten Rand dieser Strategien bemühen Akteure explizit fremdenfeindliche und rassistische Ressentiments, um gegen den drohenden 'Souveränitätsverlust' der Nationalstaaten zu mobilisieren.

Die *soziale Basis* des national-konservativen Projekts bilden kleine und mittelständische Unternehmen und Sektoren, die vor allem oder ausschließlich national beziehungsweise sogar lokal ausgerichtet sind und keinen internationalen Bezug haben. Hinzu kommen Teile der 'Weißen' und autochthonen Arbeiter_innenklasse und der unteren Mittelschicht, die von Deklassierung bedroht oder bereits in die 'Unterschichten' abgerutscht sind. Dazu gehören sowohl ehemalige Unterstützer_innen der Sozialdemokratie als auch klassische Milieus konservativer Parteien, unter anderem christlich-konservative Milieus, und schließlich an den Rändern Akteure, die sich nach rechts radikalieren.

Die *Ressourcen* des national-konservativen Projekts sind vor allem begründet in der Verankerung in einem nationalen, konservativen

Milieu und der Fähigkeit, dieses über rechtspopulistische Kampagnen, Wahlkämpfe und Debatten zu mobilisieren. Doch auch die ökonomischen Ressourcen und damit der taktische Spielraum des Projekts dürfen nicht unterschätzt werden. Einerseits erfährt es direkte Unterstützung von regional und national ausgerichteten Kapitalfraktionen, andererseits geht es in vielen Ländern im Rahmen konservativer Parteien und Stiftungen enge Bündnisse mit Akteuren des neoliberalen Hegemonieprojekts ein und profitiert von deren Ressourcen. So finden sich in den drei konservativen Parteien in Deutschland (*CDU/CSU*), Großbritannien (*Conservative Party*) und Spanien (*Partido Popular*) jeweils neoliberal ausgerichtete 'Wirtschaftsflügel' und stärker national-konservative Strömungen.

3.2.4. *Proeuropäisch-soziales Hegemonieprojekt*

Demgegenüber lassen sich Akteur_innen identifizieren, deren Strategien auf die Rettung des europäischen Sozialmodells durch eine gesamteuropäische Sozialpolitik zielen. Deren *Taktiken und Strategien* verdichten sich im proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt. In der Suche nach sozialem Ausgleich ist dieses Projekt dem national-sozialen Hegemonieprojekt ähnlich. Es legt aber weniger Gewicht auf den Nationalstaat. Die Grundannahme des Projekts ist, dass der Krise des Wohlfahrtsstaates im Kontext neoliberaler Globalisierungsprozesse nur durch eine Europäisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und einer europäischen Tarifpolitik begegnet werden kann. Wenn sich Kapitalakteure internationalisieren und politische und ökonomische Prozesse längst auf Scales 'oberhalb' des Nationalstaates stattfinden, dann, so das zentrale Argument, könne eine sozial ausgleichende Politik sich nicht auf die nationale Ebene beschränken. Die proeuropäische Strategie wird als Ausweg aus der Schwächeposition innerhalb des Nationalstaates gesehen. Ein 'soziales Europa' wird als Gegenbild zum neoliberalen Integrationsprozess in Stellung gebracht. Zu den Elementen einer solchen Strategie gehört auch, die Stärkung der europäischen Wirtschaft und ihrer Institutionen zu unterstützen, um in der geopolitischen Konkurrenz zwischen Europa, USA und Asien zu bestehen und so die Voraussetzungen für Erhaltung und Ausbau des europäischen Sozialmodells zu sichern. Es ist der linke Flügel dieses proeuropäischen Projekts, der ernst machen will mit dem Kampf für eine europäische – auch geschlechterge-

rechte – Sozialpolitik, wohingegen der radikal linke Flügel keine bloße Ablösung der neoliberalen Politiken anstrebt, sondern die Überwindung der kapitalistischen Vergesellschaftung durch das Weitertreiben der Kritik in der Krise.

Die *soziostrukturelle Positionierung* dieses Projekts ist seit der Krise des Fordismus durch die Schwächung der organisierten Arbeiter_innenschaft gekennzeichnet. Zum einen weigern sich die EU-Arbeitgeberverbände, Koordinierungsregeln für Lohnpolitik einzuführen, zum anderen schwächt in den nationalen Gesellschaften die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse (insbesondere in der BRD als größter europäischer Volkswirtschaft) die gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit. Die europäischen Gewerkschaften vertreten in ihrer Mehrheit äußerst proeuropäische Positionen. Gerade für Gewerkschaften, Verbände und soziale Bewegungen besteht jedoch ein strategisches Problem: Trotz ihrer prinzipiell proeuropäischen Haltung sind diese Akteur_innen durch die existierenden politischen Strukturen gezwungen, weitgehend auf nationaler Ebene zu agieren: Es gibt keine europäischen Tarifverträge, es gibt kaum eine europäische Öffentlichkeit, und viele Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten verbleiben auf der nationalen Ebene. Aus diesem Grund sind die immer wieder betonten europäischen Perspektiven in den Alltagskämpfen über Tarifabschlüsse, Gesetzesvorlagen, Sozialabbau und öffentliche Kampagnen relativ schwach ausgeprägt.

Die *Ressourcen* des *proeuropäisch-sozialen* Hegemonieprojekts sind begrenzt, da seine unterschiedlichen Akteur_innen und Fraktionen noch zu unverbunden sind und eine im eigentlichen Sinn europäische Zivilgesellschaft mit europäischer Öffentlichkeit noch immer schwach ausgebildet ist.

3.2.5 *Linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt*

Schließlich ließ sich auf der Basis unserer Recherchen das *linksliberal-alternative Hegemonieprojekt* identifizieren. Zu diesem Projekt gehört ein liberaler *normativer* und *politischer* Citizenship-Ansatz. Es ist der Träger eines politischen Liberalismus, der Toleranz mit Menschen- und Bürger_innenrechten, mit Minderheitenrechten und sozialem Ausgleich verbinden will. Unsere These ist, dass sich im linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt die *Taktiken und Strategien* jener zivilgesellschaftlichen Kräfte verdichten, die nicht primär an ökonomischen Fragen im engeren Sinne ansetzen. Es

sind die Strategien des politischen Liberalismus und der Neuen Linken: Akteur_innen, die aus der dritten Welle der Frauenbewegung kommen, sich für Antirassismus, Umweltschutz und die Rechte von Kindern, behinderten oder alten Menschen einsetzen. Die soziale Basis sind die 'grünen' Schichten: postmaterielle, postnationale urbane Hochgebildete, sowohl gebildete Prekarisierte als auch etablierte bildungs- und linksbürgerliche Schichten. Die 'kulturrevolutionären' Veränderungen in Folge von '1968' und die damit verbundenen Bewegungen und Milieus bilden eine zentrale *soziale Basis* dieses Projekts. Entsprechend der postnationalen und postmateriellen Werte dieser Milieus vertreten seine Akteur_innen eine ausgesprochen proeuropäische Strategie, welche die EU als Konstellation postnationaler Bürger_innenschaft ansieht und versucht, über europäische Richtlinien, etwa im Antidiskriminierungsbereich, progressive Veränderungen durchzusetzen, die auf nationaler Ebene nicht möglich wären.

Die ökonomischen Ressourcen der Akteur_innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts sind vergleichsweise schwach, da es weder von großen Unternehmen, noch von Gewerkschaftsapparaten zentral unterstützt wird. Gleichwohl bedeutet die Ausweitung des linksalternativen Milieus bis in bürgerliche Schichten hinein sowie die Unterstützung durch verschiedene Alternativ-, Technologie- und Kreativbranchen eine nicht zu ignorierende Basis. Die besonderen Ressourcen dieses Projekts liegen dennoch eher im hohen sozialen und kulturellen Kapital und in der Unterstützung durch eine große Zahl organischer Intellektueller in Wissenschaft, Bildung, Medien und im Kunstbereich.

3.3. *Strategische Neuorientierung in der Krise*

Hegemonietheoretisch stellt sich die aktuelle europäische Krise im Wesentlichen als Krise des neoliberalen Projekts dar. Zentraler Ausdruck dieses Projekts ist die einseitig ökonomische Integrationsweise der EU, die fokussiert ist auf die ökonomische Vergemeinschaftung über Binnenmarkt, Währungsunion und Austeritätspolitik gemäß den Maastricht-Kriterien sowie auf die periphere Integration Osteuropas. Gleichzeitig wurden Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht in der selben Weise auf die europäische Ebene verlagert. Als Resultat ist die Union gegenwärtig institutionell nicht in der Lage, durch makroökonomische Steuerungs- und

Ausgleichsmechanismen auf die Staatsschuldenkrise der Mitgliedsstaaten zu reagieren. Die Krise des neoliberalen Hegemonieprojekts führt aber nicht zu einer Abkehr von der herrschenden Politik. Im Gegenteil, neoliberale Politik ist weiterhin fest in Institutionen und Alltagspraxen verankert und reproduziert sich in ihnen auch während und mittels der Krise. Neoliberale Praktiken radikalisieren sich sogar, und zunehmend ist die Bereitschaft zu beobachten, die zentralen Elemente neoliberaler Krisenlösungsstrategien auch autoritär gegen die Bevölkerungen durchzusetzen. Die Tatsache, dass die gesellschaftlichen Konflikte zunehmen und die Versuche einer Krisenlösung zu scheitern drohen, hat allerdings gravierende Auswirkungen auf die neoliberale Kräftekonstellation, welche dadurch selbst in die Krise gerät. Dies zeigt sich in der Auflösung eines einheitlichen Hegemonieprojekts und dem Auseinanderdriften verschiedener, zum Teil unvereinbarer Strategien. Es lassen sich vier strategische Suchprozesse innerhalb des bisherigen neoliberalen Hegemonieprojekts ausmachen:

1. Insbesondere die starken neoliberalen Strömungen der europäischen sozialdemokratischen Parteien verfolgen weiterhin eine *proeuropäisch-neoliberale Strategie*. Ein Beispiel ist der ehemalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück, der wesentlich zur Deregulierung der Finanzmärkte beigetragen hat, nun aber ihre Reregulierung fordert: die drastische Einschränkung riskanter Spekulationen, die „Austrocknung der grauen Finanzmärkte“, das Verbot des Handels mit Kreditausfallversicherungen und Warendermingeschäften, der Spekulationen mit Rohstoffen sowie die Trennung von Kredit- und Investmentbankgeschäften.⁹ Damit integrieren diese proeuropäisch-neoliberalen Strategien wesentliche Forderungen aus dem proeuropäisch-sozialen Projekt – etwa von Attac – spalten aber zugleich deren weitergehende Forderung nach Umverteilung ab. Diese *Strategie der Reregulierung* verbindet sich mit Strategien der Versicherungsbranchen und Vermögensbesitzer, die ebenfalls auf eine, wenn auch wesentlich basalere, Reregulierung setzen, um den Zerfall des Euros zu verhindern. Der liberaldemokratische britische Wirtschaftsminister Vincent Cable argumentiert ähnlich, wenn er in der Financial Times

9 Süddeutsche Zeitung v. 27.10.2011, Wirtschaft.

einen ökologischen Umbau des Kapitalismus als Krisenlösung propagiert und zugleich pointiert formuliert: „What we have is a crisis of finance capitalism rather than a crisis of social democracy. The economic model previously pursued was seriously flawed. [...] The only sensible macro-economic policy stance is a tight fiscal policy combined with a loose monetary one.“¹⁰ Auch Äußerungen des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble verweisen in die Richtung einer Fiskal- und sogar einer politischen Union, auch wenn er als Regierungsmitglied eine national-orientierte Linie verfolgt.¹¹ Die Versicherungsbranche scheint ebenfalls eine vergleichbare Strategie zu stützen. Um die Gemeinschaftswährung zu erhalten, verfolgen diese Akteure die Strategie, neue europäische Institutionen zu etablieren, wie eine Wirtschaftsregierung, ein europäisches Finanzministerium oder einen ausgebauten europäischen Rettungsschirm beziehungsweise einen europäischen Währungsfonds. Eurobonds sind eine zentrale Forderung, eine expansive Geldpolitik durch die EZB ist umstritten, wird aber ebenfalls breit vertreten. Versicherungen wie die Allianz stützen die auf dem Gipfeltreffen vom 26. Oktober 2011 beschlossene sogenannte Hebellösung, das heißt eine Art ‘Teilkaskoversicherung’, offensichtlich auch vor dem Hintergrund, dass die Allianz-Tochter Pimco der weltgrößte Investor in Staatsanleihen ist.¹²

2. Eine *autoritär-neoliberale Strategie* verfolgen vor allem die deutsche Exportindustrie sowie die Transnationalen Konzerne, die im European Round Table of Industrialists und BusinessEurope organisiert sind.¹³ Nach wie vor ist hier der Binnenmarkt das entscheidende politische Projekt. Gemeinsame europäische Staatsanleihen (Eurobonds) sollen so schnell

10 Financial Times v. 11.6.2011, S. 13.

11 Financial Times v. 9.9.2011, S. 4; v. 16.9.2011, S. 4. Vgl. auch New York Times v. 19.11.2011, S. A6.

12 Süddeutsche Zeitung v. 29.10.2011, Geld.

13 Das Institut für Gesellschaftsanalyse (2011: 13) identifiziert in seinen aktuellen Analysen eine Strategie des autoritären Neoliberalismus. Diese ist durchaus vergleichbar mit der von uns ausgemachten Strömung. Im Unterschied dazu haben wir das neoliberale Projekt aber hauptsächlich in seiner Haltung zur EU untersucht.

wie möglich eingeführt werden, denn wenn die Eurozone zerbreche, seien die exportorientierten Unternehmen am ärgsten betroffen. Sollte nämlich erneut die D-Mark eingeführt werden, komme es zu einer enormen Aufwertung der deutschen Währung und damit einer Verteuerung der Exporte, was zu einem Absatzrückgang um bis zu 10 Prozent führe. Die britische Finanzindustrie bangt um die Rückzahlung ihrer Kredite durch die südlichen Mitgliedstaaten und ist von der Lösung der Euro-Krise abhängig. Der britischen Exportbranche geht es ähnlich, 40 Prozent ihrer Ausfuhren gehen in die EU. Trotz der tendenziell euro-skeptischen Haltung relevanter Teile der britischen Eliten, organisiert unter anderem im rechten Flügel der Tories, sind mächtige britische Kapitalfraktionen so stark von der europäischen Wirtschaft abhängig, dass die britische Regierung weitgehende Maßnahmen zur Rettung des Euros verlangt.¹⁴ Diese Strategien versuchen, das alte neoliberale Projekt, den „disziplinierenden Neoliberalismus“ (Gill 1998) zu retten, indem die zweite wesentliche Komponente neben den Eurobonds die Beibehaltung der Austeritätspolitik ist, die sogar noch verschärft und staatlich-repressiv durchgesetzt werden sollen. Dies soll geschehen, indem die Eurobonds mit harten Bedingungen verknüpft werden: mit der Einführung der Schuldenbremse (welche die sozialdemokratische spanische Regierung bereits in voreuseilendem Gehorsam nach einem Staatsbesuch der deutschen Kanzlerin eingeführt hatte¹⁵), sowie der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und der Durchsetzung von Verwaltungsrationisierungen. Wer diese Auflagen breche, müsse entweder mit dem Ausschluss aus der

14 Süddeutsche Zeitung v. 21.10.2011, Wirtschaft; vgl. auch die Beiträge des Wirtschaftsjournalisten und Beraters Wolfgang Münchau in der Financial Times v. 19.09., 24.09., 26.09., 03.10. und 24.10.2011.

15 Antonio Gutiérrez Vegara in El País v. 02.09.2011, S. 26. Der Autor, selbst Mitglied des Parlaments und der sozialistischen Partei, beklagt unter anderem, dass es die Regierung vorzog, die Vorgaben von Angela Merkel umzusetzen, während die französischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten eine gemeinsame Initiative zur Einführung von Eurobonds starteten. Joàn Majo hoffte wohl vergebens, dass die Verfassungsreform der Preis für die Eurobonds gewesen sei, El País v. 7.09.2011, Section: Cataluña, S. 2.

Eurozone rechnen¹⁶ oder aber mit automatischen Sanktionen. Weswegen der Präsident der deutschen Arbeitgeber und Vizevorsitzende von BusinessEurope, Dieter Hundt, auch von „Maastricht II“ spricht.¹⁷ Auch diese Strategie verlangt die ‚Stärkung‘ europäischer Institutionen, das heißt, eine Abgabe nationaler Souveränität über Haushalts- und Finanzpolitik. Insbesondere die Überwachung der Haushaltspolitiken aber auch der Eurobonds erfordert Vertragsrevisionen, für die sich europäische Politiker wie der ausgeschiedene EZB-Präsident Jean-Claude Trichet seit Langem einsetzen.¹⁸ Denn „wie Kriminelle sich kaum selbst bestrafen, tun dies auch die Mitgliedstaaten nicht“, so Guy Verhofstadt, der Vorsitzende der Liberalen Demokraten im Europäischen Parlament.¹⁹

3. In einer Reihe von Staaten spielen *national-neoliberale Strategien* eine zentrale Rolle, vor allem in Deutschland, Finnland, Österreich und den Niederlanden.²⁰ Diese zeichnen sich im Wesentlichen durch eine radikale Ablehnung proeuropäischer Krisenlösungen aus. Ihre Abneigung richtet sich insbesondere gegen jede Form von Eurobonds oder einer expansiven Geldpolitik der EZB. Da Vertreter_innen dieser Linie vor allem auf den jeweiligen nationalen Scale fokussieren und an orthodoxen, in der Krise stark irrational-kontraproduktiven neoliberalen Prämissen festhalten, verfügen sie nicht länger über ein eigenes Projekt zur Krisenlösung. Sie reagieren lediglich defensiv-hegemonial und zielen auf die Zerstreuung der proeuropäischen Strategien: Eurobonds kämen einer „Enteignung der deutschen Bevölkerung“ gleich und führten zu einem

16 So der Präsident des Außenhandelsverbands BGA, Anton Börner, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.08.2011, S. 10, Wirtschaft.

17 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29.08.2011, S. 13, Wirtschaft.

18 Financial Times v. 14.10.2011, S. 7.

19 Financial Times v. 17.06.2011, S. 2, übers. d. Verf.

20 Huw Macartney (2009) argumentiert, dass die Vorstellung eines transnationalen neoliberalen Projektes fehl geht und man stattdessen von national unterschiedlich geprägten Projekten ausgehen müsse, die sich kontingent und temporär zu einer transnationalen kapitalistischen Strategie zusammensetzen können.

„Zinssozialismus“.²¹ Zu diesen Akteur_innen gehört an vorderer Stelle die bundesrepublikanische liberale Partei, die gerade durch das Fehlen einer schlüssigen Antwort auf die Krise des Neoliberalismus und durch die nationale Fokussierung in eine Existenzkrise geraten ist. Die Schwäche dieser defensiven Strategie lässt sich auch an dem Rückzug mächtiger neoliberaler Akteure ablesen: Hierzu gehört sowohl EZB-Chefsvolkswirt Jürgen Stark, der ehemalige haushaltspolitische Sprecher und Bundestagsabgeordnete der Grünen, Oswald Metzger, CDU-Steuerexperte Friedrich Merz sowie Ex-Bundesbankchef Axel Weber, der darauf beharrt hatte, dass die Zentralbank alleine für die Geldwertstabilität zuständig sein solle und daher Rettungsschirme, Eurobonds und den Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB strikt abgelehnt hatte.²² Aber auch die Rating-Agenturen sind ein Hindernis bei der Einführung von Eurobonds. So kündigte Standard & Poor's an, Eurobonds, sollten diese eingeführt werden, gemäß des Ratings des 'schwächsten' Mitglieds der Eurozone zu bewerten.²³ Zu den Akteuren dieser Strategien gehören auch die Vertreter der ordoliberalen Schule, wie sie etwa vom deutschen Ifo-Institut unter der Leitung von Hans-Werner Sinn – einem der größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute – vertreten wird. Diese lehnen Eurobonds strikt ab, da das Kernstück ordoliberaler Theorie die *Selbstregulierung* der Marktwirtschaft innerhalb eines Ordnungsrahmens ist: Die Wirtschaft soll ein Spiel sein, dessen Spielregeln das Recht festlegt (Foucault 2004: 243). Wenn Banken sich verspekulierten oder Regierungen ihre Haushalte nicht ausgeglichen führten, müssten sie auch die Kosten tragen, bis hin zum eigenen Untergang. Der Staat dürfe sie nicht retten, weil die Möglichkeit seiner unbeschränkten Macht im Keim erstickt werden müsse. Er steht vielmehr bei den deutschen Ordoliberalen unter Autoritarismusverdacht und muss daher grundlegend der Logik des Marktes untergeordnet werden (ebd.: 168), was zu einer paradoxen Staatsauffassung führt: „Die Wirtschaft erzeugt Legitimität für den Staat, der

21 So der FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle während seiner Rede im Bundestag, taz v. 30.09.2011, S. 2.

22 Ulrike Herrmann, taz. v. 12.09.2011, S. 12.

23 Vgl. taz v. 05.09.2011, S. 8.

ihr Garant ist“ (ebd.: 124). Eurobonds führten zu einer starken Belastung der deutschen Steuerzahler, die geradezu in Form von Horrorszenarien beschrieben wird.²⁴ Es werde daher Zeit, „den Geldhahn zu schließen und Krisenländer zu schmerzhaften Reformen zu zwingen“.²⁵ Nach dem Verursacherprinzip sollen diejenigen zahlen, die die Krise verursacht hätten. Das seien neben den peripheren Regierungen vor allem die Anleger – also die Pensionsfonds, Banken und Versicherungskonzerne.²⁶ Die destruktive Wirkungslosigkeit dieser Strategien des ‘Weiter so’ macht zugleich ihre Schwäche aus, da sie nicht in der Lage sind, eine universalisierbare Politik zu formulieren.

4. Eine vierte Variante neoliberaler Suchprozesse bilden schließlich die Strategien der *peripheren Statthalter*. Darunter verstehen wir die Positionen der Regierungen in Staaten in der europäischen Peripherie (Spanien, Portugal, Italien, Irland und Griechenland), die unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit seit langem neoliberale Politiken implementieren und die jetzt durch die Notlage ihrer Staaten in eine politische Abhängigkeit von den beiden großen Mitgliedstaaten Frankreich und Deutschland geraten sind, so dass sie keine eigenständigen Politiken mehr formulieren können. Die politischen Auseinandersetzungen im Zuge der Wahlen im November 2011 in Spanien beschränkten sich beispielsweise auf die Forderung der regierenden Sozialisten, dass die von ihnen durchgesetzte Austeritätspolitik nicht alles sein dürfe, und andererseits auf die Feststellung des rechts-konservativen Kandidaten Rajoy der Partido Popular, dass Austeritätspolitik richtig sei. Letzterer vermied es allerdings, zu erklären, was diese Feststellung konkret heißen könnte. Bezeichnenderweise sind die Staatsspitzen inzwischen entweder von Technokraten eingenommen oder aber, wie im Falle Spaniens, wo die Sozialisten bei den Wahlen die größte Wahlniederlage seit der Einführung der Demokratie erlitten,²⁷ von einem konservativen Regierungschef, der vor seiner Wahl davon sprach, dass seine Regierung, im Unterschied zur Vorgängerregierung, ernsthaft in Brüssel

24 Taz v. 17.08.2011, S. 9.

25 Hans-Werner Sinn, Süddeutsche Zeitung v. 27.10.2011, Wirtschaft.

26 Ders., Süddeutsche Zeitung v. 24.10.2011, Wirtschaft.

27 El País v. 01.12.2011, S. 27.

verhandeln werde, dabei aber jede Aussage darüber vermied, worüber verhandelt werden solle.²⁸

Auch das *national-konservative Projekt* ist massiv in die Krise geraten – nationale Strategien insgesamt sind aufgrund der massiven Turbulenzen und der gleichzeitigen europäischen und globalen Verflechtungen in der Defensive. Es fehlt eine eigene, offensive Vision, wie die Krise überwunden werden könnte. In der BRD ist es vor allem die an der Regierung beteiligte christlich-konservative CSU, welche den „Musterschüler Deutschland“ vor den Effekten der Eurobonds, wie etwa einer höheren Zinslast und Inflationsgefahr, retten will.²⁹ Eurobonds nähmen den Druck der Konsolidierung der Haushalte, so dass die „Schuldenparty“ in Europa weitergehe,³⁰ und führten zudem zu einer „dauerhaften Transferunion“; ein europäisches Finanzministerium beschränke die Mitgliedsstaaten in ihren Souveränitätsrechten.³¹ Europäische Mitgliedsstaaten lebten zu Lasten des „fleißigen“ Deutschlands, und erneut sollten europäische Probleme mit deutschem Geld gelöst werden.³²

Der in der Krise stärker werdende rechte Rand dieses Projekts lässt sich als ‘europäische Teapartybewegung’ bezeichnen. So wirbt der in deutschen Talkshows omnipräsente ehemalige Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, offen für die Gründung einer Anti-Euro-Partei. Er verlangt die Rückkehr zur D-Mark oder die Reduzierung auf einen „Nord-Euro“. In eine ähnliche Richtung argumentieren der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler und der Juraprofessor Albrecht Schachtschneider, beides mehrfache Kläger gegen den Euro, denen sich der ehemalige Thyssenchef Dieter Spethmann³³ angeschlossen hat oder auch der rechtskonservative Verein www.abgeordnetencheck.de.³⁴

28 El País v. 30.10.2011, S. 12.

29 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.08.2011, Politik.

30 Klaus-Peter Flosbach, Union-Finanzexperte, taz v. 23.08.2011, S. 7.

31 So der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, taz v. 20.09.2011, S. 2.

32 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.08.2011, S. 1, Politik.

33 FAZ.net v. 15.07.2011.

34 Taz v. 29.09.2011, S. 3.

Eine wesentlich moderatere Position vertreten hingegen die deutsche Bundeskanzlerin und der noch deutlicher proeuropäisch orientierte deutsche Finanzminister, was ihnen massive Kritik im eigenen Lager einbrachte, insbesondere von der FAZ, die Vertreter_innen dieses Projekts als publizistische Plattform dient.³⁵ Auch mit dem Koalitionspartner der FDP geriet Schäuble in einen massiven Konflikt.³⁶ Öffentlich treten Merkel und Schäuble bisher klar gegen Eurobonds auf und versuchen den Wettbewerbsvorteil der BRD auf Kosten der Krisenstaaten zu erhalten. Zugleich betonen sie aber das „politische Glück eines vereinten Europas“ sowie die Bedeutung der EU-Staaten für die deutsche Exportwirtschaft.³⁷ Auch aus diesem Grund haben sie sich wohl moderaten Reregulierungsvorschlägen aus dem autoritär-neoliberalen Lager gebeugt. Merkels Position scheint insgesamt eher pragmatisch geprägt zu sein, so dass auch denkbar ist, dass sie Eurobonds akzeptiert, wenn die Krise weiter eskaliert und die Bonds an eine strikte Austeritätspolitik gekoppelt werden.

Die europäische Krise stellt eine historische Gelegenheit für das proeuropäisch-soziale Projekt dar. Zur selben Zeit ist das *national-soziale* Projekt aufgrund der Ineffektivität nationaler Strategien in der Euro-Krise fast abwesend. Einige Akteure, die oft innerhalb der national-sozialen Strategien agieren, stärken in den aktuellen Auseinandersetzungen das *proeuropäisch-soziale* Projekt, das zumindest argumentativ offensiv vorgeht und das zentrale Gegenprojekt zu allen anderen Hegemonieprojekten aufweist: innereuropäische und klassenspezifische Umverteilungspolitiken. Das Argument lautet, dass die Staatsschuldendebatte den Blick auf „die eigentlichen Probleme“ verstelle, denn diese bestünden in der ungleichen Entwicklung Europas. Seit einem Jahrzehnt seien die deutschen Löhne und Lohnstückkosten nicht gestiegen, was zum einen zur Schwächung der deutschen Arbeitnehmer_innen und zum anderen zu einer Lohnkonkurrenz innerhalb Europas führe, die die heutige Krise verursacht habe. Um dem entgegen zu wirken, müsse vor allem der Niedriglohnsektor ‘ausgetrocknet’ und das Tarifsysteem wieder gestärkt werden. Erst an zweiter Stelle steht die Forderung nach

35 Vgl. dazu etwa Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 21.08.2011, S. 32.

36 Taz v. 19.09.2011, S. 2.

37 Taz v. 07.09.2011, S. 3.

einer europäischen Wirtschaftsregierung und Eurobonds, um die vorrangige Strategie der Umverteilung zu stützen, so Dierk Hirschel, DGB-Chefvolkswirt und Klaus Busch, europapolitischer Berater von ver.di.³⁸ Auf der politischen Ebene fordert in der BRD vor allem die Linkspartei sowohl die Verstaatlichung von Banken, damit diejenigen, die für die Schulden aufkommen, die Steuerzahler_innen, auch „sagen, wo es langgeht“, als auch öffentliche Anleihen der EZB, damit diese ohne private Vermittler das Geld direkt und wesentlich günstiger an die „notleidenden Mitgliedsstaaten“ weiterleiten könne.³⁹

Ein weiterer Kernbestandteil dieser Strategien ist die Forderung nach einer Umverteilung des Vermögens. So seien es vor allem die Vermögenden, die von den Rettungspaketen der Staaten profitiert hätten. Daher solle man diese belasten und nicht die Armen und Rentner. Im Unterschied zu den Vermögenden, die eine sehr hohe Sparquote haben, so wird argumentiert, geben letztere zusätzliches Geld sofort aus und stärken so die Nachfrage. Anstatt die an den „Kapriolen des Finanzsystems unbeteiligte Mehrheit der BürgerInnen“ weiter mit Bürgschaftsverpflichtungen zu belasten, sollten „Zwangsanleihen für Vermögende und Einkommensstarke“ eingeführt werden. Die Akteure des neoliberalen Hegemonieprojekts, „die Aktionäre und Manager des Finanzsektors selbst“, sollten, so könnte man diese Position zusammenfassen, „Wiedergutmachung leisten“.⁴⁰ Es wird auf den New Deal unter Roosevelt hingewiesen, der die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 79 Prozent durchsetzte, um die USA aus der Rezession zu führen. Insofern brauche es einen „neuen New Deal“ und eine Finanztransaktionssteuer.⁴¹ Zugleich wenden sich diese Akteur_innen gegen die neoliberale Sparlogik, welche die Lage in den südlichen Ländern nur verschlimmere, sowie gegen die massive Entdemokratisierung Europas durch die autoritär-

38 Taz v. 10.10.2011, S. 12.

39 Klaus Ernst, einer der beiden Vorsitzenden der Linkspartei, taz v. 19.10.2011.

40 So der grüne Flensburger Wirtschaftsprofessor und Mitglied des Instituts Solidarische Moderne, Gerd Grözing, taz v. 20.10.2011, S. 2. Ähnlich Heinz J. Bontrup, Prof. für Wirtschaftswissenschaften an der FH Gelsenkirchen und Mitglied in der Memorandum-Gruppe, taz v. 18.08.2011, S. 12.

41 So die taz –Wirtschaftsredakteurin Ulrike Herrmann, S. 14.

neoliberalen Strategien.⁴² Den radikal linken Rand dieses Projekts stellen Akteure_innen, die – wie etwa der slowenische Philosoph und Psychoanalytiker Slavoj Žižek, der US-amerikanische Humanograph David Harvey oder aber auch der Schriftsteller Günter Grass – die Krise des Kapitalismus als solche, und nicht nur der neoliberalen Variante, herausarbeiten.⁴³

Das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt verfügt damit über ein eigenes, durch einen klaren Bruch von allen anderen Projekten abgegrenztes, hegemoniefähiges Projekt, das allerdings aufgrund der ökonomischen und institutionellen Schwächung seiner Akteur_innen nicht in gleicher Weise schlagkräftig ist wie die neoliberalen Akteure. So kommt es vor allem in auflageschwächeren linken bis linksliberalen Zeitschriften zu Wort. Es verfügt jedoch zur Zeit über den Vorteil, ein relativ kohärentes, offensives Projekt zu verfolgen, im Unterschied zu den ausfasernden Strategien des neoliberalen Hegemonieprojekts.

Schließlich lässt sich eine konturierte Strategie des *linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts* ausmachen. Es setzt, anders als die anderen Projekte, nicht auf ökonomische Lösungen, sondern auf politische. Seine wesentlichen Beiträge finden sich nicht auf den Wirtschaftsseiten der europäischen Tageszeitungen, sondern zumeist im Feuilleton. Dies entspricht seiner sozialstrukturellen Verwurzelung in den postmateriellen, gebildeten Schichten. Die scheinbar ökonomische Krise sei in Wahrheit eine politische Krise, so der Schriftsteller Nerman Kermani.⁴⁴ Es sei die Reduzierung Europas auf die Ökonomie, die selbst die Ursache für die Krise sei, Krise verstanden als Schwäche der europäischen Institutionen. Die „zweihundertjährige europäische Einigung“ sei im Kern ein politisches, in ihrem Ursprung ein geschichtsphilosophisches Projekt, das Projekt eines Jean Monnet, eines Robert Schumann, aber auch eines Victor Hugo und Stefan Zweig, eines Immanuel Kant und der französischen Aufklärung. Das reale Europa basiere jedoch auf einer schwachen verfassungsrechtlichen und demokratischen Basis ohne politisches Bewusstsein. Es sei ein illiberales, welches mit Diktatoren paktiere und Flüchtlingsrechte missachte und dadurch den „idealistischen europäischen Gedanken“ verrate: die „Idee einer

42 Detlef Wetzels, Vizechef der IG-Metall, taz, v. 07.10.2011, S. 7.

43 taz v. 8. 10.2011, S. 6; v. 01.10.2011, S. 24.

44 Süddeutsche Zeitung v. 24.10.2011, Feuilleton.

gerechteren Welt“. Notwendig sei, dass das Europäische Parlament die vollständigen Rechte eines Parlaments erhalte, um sich so auf den Weg „in die Vereinigten Staaten von Europa“ zu begeben.⁴⁵ Auf einer ähnlichen Basis argumentiert auch die ‘Spinelli-Gruppe’, die im Herbst 2010 in Anlehnung an das historische Vorbild aus den 1980er Jahren wiedergegründet wurde. Die parteiübergreifenden Mitglieder der Gruppe des Europäischen Parlaments fordern in der Krise visionäre Pläne für ein föderales und postnationales Europa.⁴⁶ Die fehlende ökonomische Kompetenz dieses Projekts ist seine zentrale Schwäche, da ein föderales Europa in der Krise nur dann eine Chance auf Realisierung hat, wenn es zugleich eine überzeugende Antwort auf die Fakten schaffenden Strategien der europäischen neoliberalen Eliten hat.

Auffällig ist, dass kein Hegemonieprojekt die Auswirkungen der EU-Krise auf periphere Drittländer oder auf die Care-Ökonomie thematisiert. Demgemäß sind die Lösungsvorschläge fast ausschließlich auf die Institutionen des Finanz- und Industriekapitalismus im globalen Norden fixiert. Schließlich bleibt anzumerken, dass sich nicht alle Strategien in Hegemonieprojekten verdichten, sondern nur diejenigen, die universalisierbare Positionen vertreten, die in zivilgesellschaftliche und politische Institutionen eingehen sollen. Angesichts der Ohnmacht der Regierungen in der südlichen europäischen Peripherie ist die Mehrheit der Subalternen von realistischen politischen Veränderungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Die sozialen Bewegungen, die vor diesem Hintergrund entstehen, etwa die Indignados in Spanien (vgl. den Beitrag von José Manuel Romero in diesem Band) oder auch die Bewegung des Synthagma-Platzes in Athen, verfolgen mit ihrer Forderung nach realer Demokratie und dem Verschwinden aller Politiker_innen – ähnlich wie bei den Aufständen in Argentinien 2001/2002 – eine nicht hegemoniale Politikform. Relevante Teile der Bewegung setzen auf das ganz Andere, auf das Neue, auf die Demokratie im Kommen, auf die zukünftige Bürgerschaft. Die repressiven Staatsapparate reagieren darauf mit Zwangselementen, die bekanntermaßen nach Gramsci der Panzer der hegemonialen Politiken sind, insbesondere im Ausnahmezustand.

45 Hannes Koch, taz v. 05.09.2011, S. 12.

46 Taz v. 05.08.2011, S. 4.

4. Die demokratische Frage

„Wenn alles vorbei ist, muss wieder von Neuem über Demokratie gesprochen werden.“

El País v. 30.11.2011, Übers. d. Verf.

Welche Konstellation von Hegemonieprojekten sich durchsetzen wird, welches Staatsprojekt sich dabei herausbildet, und wie dies das institutionelle Gefüge des europäischen Staatsapparate-Ensembles verändern wird, ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorhersehbar. Aufgrund der labilen und fragmentierten inneren Struktur des europäischen Staatsapparate-Ensembles lässt sich nicht einmal sagen, ob das europäische Staatsprojekt die Krise überlebt. Die ungeklärte Hierarchie zwischen den unterschiedlichen räumlichen Bezugsebenen führt dazu, dass nicht nur um die Frage, wie die Krise gelöst werden soll, gerungen wird, sondern auch darum, auf welcher Ebene. Das Fehlen einer europäischen Zivilgesellschaft macht die EU zudem besonders anfällig für wirtschaftliche Krisen, weil sie – sieht man von der ökonomischen Notwendigkeit ab – kaum eine andere Legitimitätsquelle besitzt. Ein Vergleich der Wachstumsraten mit der Akzeptanz der EU in der Bevölkerung weist eine deutliche Parallele auf: Sinken die Wachstumsraten in der EU, dann nimmt in der Regel auch ihre Akzeptanz bei der Bevölkerung ab (Hix 2008: 53). Die Entscheidungsverfahren innerhalb der EU verkomplizieren die politische Reaktion zusätzlich. Benötigt wird die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten in den Gesetzgebungsverfahren, zudem eine Mehrheit innerhalb der Kommission und im Mitentscheidungsverfahren: eine Mehrheit im Parlament. Im Anschluss müssen die Richtlinien und Verordnungen die Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof überstehen (ebd.: 75). In einer Konstellation, in der das hegemoniale Projekt an Plausibilität verliert, wird diese Prozedur zu einer immer höheren Hürde – für alternative Projekte scheint sie geradezu unüberwindbar.

Aufgrund der Strategien und Taktiken sowie der sozialstrukturell verorteten Ressourcen der jeweiligen Projekte hat eine Allianz zwischen den proeuropäisch-neoliberalen und den autoritär-neoliberalen Strategien sowie dem moderaten Flügel des national-konservativen Projekts gewisse Erfolgsaussichten. Dies auch deswegen, weil Teilforderungen des proeuropäisch-sozialen und des linksliberal-

alternativen Projekts (nach Eurobonds und vertiefter europäischer Integration) aufgegriffen werden könnten.

Sollte die Krise weiter eskalieren, ist aber auch nicht auszuschließen, dass sich aus den national orientierten Teilen des neoliberalen Projekts, dem national-konservativen Projekt und eventuell aus Teilen des national-sozialen ein neues rechts-nationales Projekt zusammensetzt, das in den Mitgliedstaaten vom Zerfall der EU profitieren könnte. Schon jetzt sind in einigen Staaten der EU solche Tendenzen zu beobachten (siehe hierzu auch Institut für Gesellschaftsanalyse 2011: 13 f.).

Ein emanzipatives Projekt muss sich der Gefahr, die von diesen beiden möglichen Reaktionen auf die Krise ausgeht, bewusst sein. Um wirkungsmächtig zu werden, müsste ein solches Projekt verschiedene gesellschaftliche Strömungen bündeln. Es müsste die ökonomischen Forderungen des proeuropäisch-sozialen mit den postnationalen und demokratietheoretischen Positionen des linksliberal-alternativen Projektes verbinden und sich zugleich auf die in diesem Politikfeld Ausgeschlossenen stützen: die sozialen Bewegungen außerhalb. Diese Allianz würde zudem dadurch unterscheidbar, dass sie die in hohem Maße geschlechtsspezifische Fokussierung auf marktvermittelte Tätigkeiten und Geldströme zugunsten einer makroökonomischen Perspektive aufgibt, die auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit setzt. Schließlich könnte sie mit einer Konzeption zur Reskalierung der Sozialpolitik auch das bisher inaktive national-soziale Hegemonieprojekt zu integrieren versuchen. Auf diese Weise ließen sich unterschiedliche Ressourcen verbinden, so dass es möglich wäre, eine Gegenkraft zum zur Zeit ideologisch geschwächten neoliberalen Hegemonieprojekt aufzubauen, bevor sich eine neue herrschaftliche Konstellation stabilisiert hat.

Ein solches Projekt würde vor der Aufgabe stehen, die Macht der Finanzindustrie und der transnationalen Konzerne zu brechen, oder wenigstens das Kräfteverhältnis zugunsten der Subalternen zu verschieben. Gelingt dies nicht, wird sich der Angriff auf die noch verbliebenen demokratischen Strukturen weiter verschärfen (vgl. den Beitrag von Oberndorfer in diesem Band). Das Staatsprojekt Europa ist in seiner inneren Struktur, die zu einer Distanzierung der Bevölkerung von den Entscheidungszentren führt, grundlegend undemokratisch verfasst. Ein zentraler Angriffspunkt eines neuen Projektes müsste daher die Forderung nach 'realer Demokratie' sein, so wie sie in Spanien und Griechenland und der globalen Occupy-

Bewegung schon formuliert wird. Es muss klar sein, dass die neoliberalen Protektorate in Europas Peripherie nur der Anfang sind, und dass sich die Austeritätspolitik auch im Norden verschärfen wird.

In der demokratischen Frage laufen tatsächlich die unterschiedlichen Stränge alternativer Projekte zusammen. Sie muss gewissermaßen der Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Krise und zugleich zu einer Krisenlösung sein, die nicht zu Lasten der Subalternen geht. Voraussetzung hierfür wäre eine grundlegende Demokratisierung der Struktur der EU. Der Kampf um Demokratie schließt die Forderung nach einer Umkehr der Umverteilung von unten nach oben ein, weil die extremen sozialen Ungleichheiten als Resultat von dreißig Jahren „Klassenkampf von oben“ (Resch/Steinert 2011: 126) Demokratie, wie heute zu beobachten ist, nicht nur in ihrer bürgerlichen Form untergraben, sondern erst recht der historischen Möglichkeit substantieller, „realer Demokratie“ diametral entgegenstehen.

Aber auch das kann nur der Anfang sein; es wird immer deutlicher, dass nur ein grundlegender Wandel Aussicht auf Erfolg hat. Die Krisen-Zyklen werden kürzer, und eine neue dauerhafte Wachstumsphase scheint illusorisch. Aber selbst wenn es gelänge, für eine gewisse Zeit ökonomisches Wachstum zu generieren, führt die kapitalistische Wachstumsdynamik unweigerlich zu immer tieferen ökologischen und sozialen Verwerfungen. Erfahrungsgemäß profitiert ohnehin nur eine Minderheit davon, vor allem aber werden die katastrophischen Auswirkungen ökonomischen Wachstums immer offensichtlicher. Die imperiale Lebensweise in den Metropolen (Brand 2008) ist nicht verallgemeinerbar, ohne ganze Weltregionen der Verwüstung preiszugeben. Über die Kosten des zunehmenden Raubbaus an Mensch und Natur muss gesellschaftlich diskutiert werden, und hierbei müssen insbesondere diejenigen zu Wort kommen, die davon betroffen sind. Mit anderen Worten: Die Forderung nach Demokratie kann weder national noch europäisch beschränkt bleiben.

Es ist kaum zu erwarten, dass sich diese Einsichten in einem möglichst breit angelegten emanzipatorischen Projekt kurzfristig durchsetzen können. Eine Verschiebung von gesellschaftlichen und institutionellen Kräfteverhältnissen könnte aber den Raum für eine ernsthafte Diskussion öffnen. Eine solche Verschiebung ist ohnehin nur denkbar, wenn sich, wie angedeutet, neue gesellschaftliche Allianzen bilden und sich die Kämpfe gegen die aktuelle Krisen-

bearbeitung nicht nur in Europa, sondern auch global ausdehnen und sie ihre 'Systemrelevanz' praktisch unter Beweis stellen. Auch wissenschaftspolitisch wäre eine Demokratisierung notwendig, um die Zensur gesellschaftskritischer Perspektiven in den wissenschaftlichen Medien sowie in den Hochschulen zu beenden. Dies beinhaltet auch die Ablösung der neoklassisch dominierten und institutionell immunisierten Wirtschaftswissenschaften als Leitwissenschaft (vgl. PROKLA 2011).

Der Kampf für Demokratie muss also der Ausgangspunkt sein für eine Transformation – für einen radikalen Reformismus, der darauf abzielt, die bestehenden Kräfteverhältnisse so zu verschieben, dass die Kämpfe um Emanzipation weiter voran getrieben werden können.⁴⁷

Literatur

Altwater, Elmar (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster.

Apeldoorn, Bastiaan van (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren. Der European Round Table of Industrialists, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, 189-221.

– (2002): Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration, London.

– (2009) „The contradictions of ‘embedded neoliberalism’ and Europe’s multilevel legitimacy crisis: the European project and its limits“, in Bastiaan van Apeldoorn, Jan Drahoukoupil, Laura Horn (eds): Contradiction and Limits of Neoliberal European Governance – From Lisbon to Lisbon. London, 21-43.

Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. Eine Problemskizze, in: Das Argument 217, 729-740.

Bieling, Hans-Jürgen (2003): Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen und Regulationsformen, in: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hg.): Eurokapitalismus und globale politische Ökonomie, Hamburg.

– (2009): Neuer Staatsinterventionismus? Brüche und Kontinuitäten im marktliberalen Diskurs, in: Widersprüche (Zürich) 57, 41-52.

⁴⁷ Für weiterführende Kritiken danken wir Nikolai Huke, Joachim Hirsch, Dana Lüddemann, Lukas Oberndorfer, Ela Rojas und Sebastian Wolff.

- Bieling, Hans-Jürgen/Steinbilber, Jochen* (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: Dies. (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, 102-130.
- Brenner, Robert* (2004): *New State Spaces*, Oxford und New York.
- Brand, Ulrich* (2008): 'Umwelt' in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik, in: *Widerspruch* (Zürich) 54, 139-148.
- (2009): Staatsstheorie und Staatsanalyse im globalen Kapitalismus. Ein 'neo-poulantzianischer' Ansatz der IPÖ, in: Hartmann, Eva/Kunze, Caren/Brand/Ulrich (Hg.): *Globalisierung, Macht und Hegemonie*, Münster, 212-241.
- (2011). *State, Context and Correspondence. Contours of a Historical-Materialist Policy Analysis*. Unveröffentlichtes Manuskript, Wien.
- Buckel, Sonja* (2011): Staatsprojekt Europa, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 52, 4, 636-62.
- Gramsci, Antonio* (1991 ff.): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Hrsg. v. Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz, Hamburg/Berlin.
- Cox, Robert W.* (1981): 'Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory', in: *Millennium: Journal of International Studies*, 10,2, 126–55.
- Foucault, Michel* (2004): *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*. Vorlesung am Collège de France 1978-1979, Frankfurt am Main.
- Gill, Stephen* (1998): *European Governance and New Constitutionalism. Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe*, in: *New Political Economy*, 3, 1, 5-26.
- Héritier, Adrienne* (1999): *Policy-Making and Diversity in Europe. Escaping Deadlock*, Cambridge.
- Hirsch, Joachim* (1994): *Politische Form, politische Institutionen und Staat*, in: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): *Politik, Institutionen und Staat Hamburg*.
- (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin.
- Institut für Gesellschaftsanalyse* (2011): *Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte*, Thesen, August, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf, letzter Zugriff am 06.01.2012.
- Jessop, Bob* (1990): *Accumulation Strategies, State Forms and Hegemonic Projects*, in: Ders.: *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*, Pennsylvania, 196-219.
- (2008): *State Power. A Strategic-Relational Approach*, Cambridge.
- Kannankulam, John* (2006): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas*, Hamburg.

- Kannankulam, John/Georgi, Fabian* (2011): Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das 'Staatsprojekt Europa'. Arbeitspapier der Forschungsgruppe Europäische Integration, Nr. 30, Phillips-Universität Marburg.
- Kohlmorgen, Lars* (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht. die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus, Münster.
- Macartney, Huw* (2009): Variagated Neo-Liberalism: Transnationally Oriented Fractions of Capital in EU Financial Market Integration, in: *Review of International Studies* 35, 451-480.
- Mandel, Ernest* (1967): International Capitalism and 'Supra-Nationality', in: *Socialist Register*, 27-41.
- (1968): Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt am Main.
- Neyer, Jürgen* (2005): Die Krise der EU und die Stärke einer deliberativen Integrations-theorie, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2, 12, 377-382.
- Offe, Claus* (1969): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: *Kress, Gisela/Senghaas, Dieter* (Hg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt am Main, 135-164.
- Opratto, Benjamin/Prausmüller, Oliver* (Hg.) (2011): Gramsci Global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg.
- Pieper, Marianne, Eftimia Panagiotidis and Vassilis Tsianos* (2011): Konjunkturen der egalitären Exklusion. Postliberaler Rassismus und verkörperte Erfahrung in der Prekarität, in: *Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis* (Hg.): Biopolitik in der Debatte, Wiesbaden, 193-226.
- Poulantzas, Nicos* (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus, Hamburg.
- PROKLA* (2011): Kritik der Wirtschaftswissenschaften, *PROKLA* 164, Nr. 3.
- Resch, Christine/Steinert, Heinz* (2011): Kapitalismus, Münster.
- Sauer, Birgit* (2001): Vom Nationalstaat zum europäischen Reich? Staat und Geschlecht in der Europäischen Union, in: *Feministische Studien* 1, 8-20.
- Schwenken, Helen* (2008): Rechtlos, aber nicht ohne Stimme, Bielefeld.
- Statz, Albert* (1979): Grundelemente einer politökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration. Frankfurt am Main.
- Walpen, Bernhard* (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft, Hamburg.
- Wissel, Jens* (2007): Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen, Baden-Baden.

- (2010): Stichwort: Kräfteverhältnisse, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 7 II, herausgegeben von Haug, Wolfgang Fritz et al., Sp. 1941-1955.
 - (2011): Staatsprojekt Europa. Zur Rekonfiguration politischer Herrschaft, in: Eurostudia. Transatlantische Zeitschrift für Europafor- schung 7, 1-2, 133-154.
- Wissen, Markus* (2008): Internationalisierung, Naturverhältnisse und Politics of Scale. Zu den räumlichen Dimensionen der Transfor- mation des Staates, in: Wissel, Jens/Wöhl, Stefanie (Hg.): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik, Münster.
- Wolff, Sebastian* (2010): Die Transnationalisierung des Staates. Interio- risierte Transformation und die (Un-)Möglichkeit staatlicher Regu- lation. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main.
- Young, Brigitte/Schuberth, Helene* (2010): The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance on Gender, Gar- net Policy Brief, 10.
- Ziltener, Patrick* (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster.